

THEMENCHECK ZUM STÄDTISCHEN HAUSHALT

Ist der Stadtetat zu retten? Die Parteien antworten



Elf Millionen Euro fehlen im Stadtetat 2010. Wie Eschweiler aus der Finanzmisere kommt, darüber streiten sich die Parteien.

Foto: ddp

Eschweiler. Losgelöst von der Entscheidung der Juristen ist allen Parteien klar, wie es um die Finanzen der Stadt bestellt ist. Fest steht: In diesem Jahr fehlen nach derzeitigen Berechnungen fast elf Millionen Euro – 118,1 Millionen Euro will die Verwaltung in 2010 einnehmen, 128,9 Millionen Euro werden als Ausgaben prognostiziert. Das Haushaltssicherungskonzept soll schließlich dazu führen, dass im Jahr 2013 erstmals wieder schwarze Zahlen ge-

schrieben werden. Aber Zweifel bleiben: Auf der einen Seite nennt die Opposition manche Zahlen unrealistisch, auf der anderen Seite ist der Ruf nach einer Reform der Kommunal Finanzen laut. FDP, UWG und CDU fordern zum Sparen auf, SPD, Linke und Grüne zeigen auf Land und Bund und bestehen auf Umsetzung des Konnexitätsprinzips. **Patrick Nowicki** und **Stefan Herrmann** fassen die Stellungnahmen der Parteien zum Haushalt zusammen.



► FRANZ-DIETER PIETA
Fraktionschef Bündnis 90/Die Grünen

Auch für die Grünen in Eschweiler nutzen Haushalt und Haushaltssicherungskonzept die „wenigen noch verbliebenen Möglichkeiten im Sinne der Eschweiler Bürger“ aus. Der Kooperationspartner der SPD hebt den Verzicht, freiwillige Leistungen zu kürzen, hervor. Der Fraktion liegen Projekte gegen Rechts, der Stadtjugendring, die Pflege der Streuobstwiesen und die Erweiterung der Mobilen Jugendarbeit besonders am Herzen. Auch an einige Anträge der Partei erinnern die Kommunalpolitiker, obwohl sie (noch) nicht umgesetzt werden: ehrenamtliche Kinderbeauftragte, Erhöhung des Personalansatzes des Seniorenbeauftragten und versenkbare Poller in der Fußgängerzone.

Auch zu den zeitlich knappen Haushaltsberatungen nehmen die Grünen Stellung: Das Neue kommunale Finanzmanagement habe den Vorteil, dass „Kennzahlen zur Zielerreichung festgelegt werden“. Das werde von der Politik zum Teil noch nicht genutzt. Der Vorschlag der Grünen dazu sei nicht auf viel Verständnis gestoßen und man hoffe, dass sich dies ändere. „Als Beispiel sei hier genannt das Gebäudemanagement, bei dem die Stadt schon auf einem guten Weg ist.“

Die Bündnisgrünen mahnen nochmals eine Reform der Kommunal Finanzen an. „Der Bürger erlebt Demokratie in seiner Stadt. Wenn dort nur noch Mangelverwaltung betrieben wird, verliert er das Vertrauen in die Politik.“ Die finanziellen Lasten müsse man zugunsten der Kommunen neu austarieren, da sonst die kommunale Selbstverwaltung stark gefährdet sei.



► ALBERT BORCHARDT
Ratsherr für Die Linke

Die Linke lehnt den vorgelegten Haushalt in seiner Gesamtheit ab. Den aufgezwungen verschärften Sparkurs bewertet sie als schwerwiegenden Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung.

Aus Angst vor den „Sparkommissaren“ der Aufsichtsbehörde dürfe kein neues „Sparkpaket“ aufgelegt werden. Die Umschichtung von Haushaltsgeldern, glaubt die Linke, werde nicht reichen und der Weg des Sparens sei im Ergebnis desaströs. Daher fordert sie: „Wer die Kommunen entlasten will, muss sich Geld von Großkonzernen, Banken und Milliardären holen. Wer ein 480-Milliarden-Rettungspaket für Banken aufliegen kann, dem muss ein Rettungspaket erst recht für Kommunen möglich sein. Sie sind weit mehr systemrelevant.“

Ihre haushaltspolitische Verantwortung sieht die Linke vor allem darin, zu verhindern, dass in nahezu allen Bereichen mit nachhaltiger Wirkung und im sozialen Netzwerk Tabula rasa gemacht wird. Drastische Einsparungen in allen städtischen Ausgabenposten würden letztlich nur zu Lasten der Bürger gehen. Daher fordert die Linke eine Wende in der Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik, u.a. durch einen bedarfsgerechten Ausbau der Personalstruktur auf allen Ebenen der öffentlichen Verwaltung, so auch in Eschweiler. „Wer für Stellenkürzungen ist, soll bitte auch gleichzeitig sagen, welche Aufgaben nicht mehr wahrgenommen werden sollen“, sagt die Linke.

Man möchte den von Bund und Land aufgezwungenen Weg, dass Kommunen alle möglichen Aufgaben privatisieren müssen, nicht mitgehen. „Weitere Privatisierungen, wie sie als Risikosteuerung im Haushaltsentwurf definiert werden, sind mit uns nicht zu machen.“ Die oft erwähnten freiwilligen Leistungen seien indes keineswegs gleichzusetzen mit verzichtbarem Luxus. Das faktische Verbot von eben diesen „freiwilligen“, aber für die kommunale Bevölkerung sinnvollen Leistungen, ist nach Meinung der Linken verfassungswidrig.

Die Linke unterstützt daher die Forderung nach einer Klage zur Überprüfung der derzeitigen kommunalen Finanzausstattung. Es müsse endlich von unabhängigen Gerichten geklärt werden, ob die derzeitige Praxis der Unterausstattung der Kommunen und Kreise überhaupt noch mit dem Postulat der kommunalen Selbstverwaltung vereinbar ist.



► LEO GEHLEN
SPD-Fraktionschef

„Den Weg in den Nothaushalt wollen wir nicht antreten, sondern es ist unsere Aufgabe, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Entwicklung unserer Stadt eigenverantwortlich weiter gestalten zu können“, lautet das Credo der Eschweiler Sozialdemokraten. Sie erinnern an Investitionen, die seit 1999 in der Stadt getätigt wurden: 30 Millionen Euro in Schulen, 12 Millionen Euro für die Sanierung und Umgestaltung der südlichen Innenstadt, Geld für Sporthallen, Turnhallen und jüngst das Feuerwehrgerätehaus in Weisweiler.

Dass es im Norden der Innenstadt mit der Sanierung weitergehen soll, daran lässt die SPD keinen Zweifel: Man habe in Verbindung mit Citymanagement-Verein, Marktanrainer und der Stadt das Projekt auf den Weg gebracht. So wolle man den Wirtschaftsstandort stärken, auch durch Ansiedlungen wie des Aldi-Verteilungszentrums, des Mercedes-Nutzfahrzeugzentrums und des Fachmarktzentrum Auerbachstraße. Mit RWE Power erweitere man zudem den Industrie- und Gewerbezweig. „Diese Wirtschaftsförderungs- und -ansiedlungspolitik war mit ein Grund dafür, dass die Arbeitslosenzahlen in Eschweiler seit 2005 stetig gesunken sind“, so die SPD-Fraktion.

„Zum Defizit von etwa zehn Millionen Euro im Haushalt 2010 tragen sehr stark auch Kostenbelastungen bei, die nicht in Eschweiler beschlossen wurden, sondern durch Dritte wie Bund, Land und Städteregion unserem Haushalt verordnet werden.“ Drei Beispiele nennt die SPD: drei Millionen Euro im Bereich der „Offenen Ganztagschulen“, mehr als drei Millionen Euro im Bereich des „Unterhaltungsvorschussgesetzes“, etwa 785 000 Euro jährlich durch das Kinderbildungsgesetz „Kibiz“. Die Sozialdemokraten fordern: „Wer bestellt, muss auch zahlen.“ Ein Rettungsschirm für Kommunen soll in den Augen der Fraktion helfen: „Wer private Großbanken mit Milliarden Euro unterstützt, darf den Städten und Gemeinden die dringend erforderliche Hilfe nicht versagen.“

Kein gutes Haar lässt die SPD am Finanzgebaren der Städteregion: Deren Defizit von 28 Millionen Euro soll nicht durch die Regionumlage gedeckt werden, sondern wird zur Hälfte von den Kommunen getragen. Zu den 27,5 Millionen Euro Regionumlage kommen 715 000 Euro Defizitausgleich. „Wir schieben unsere gesamten Gewerbesteuererträge in die Zollernstraße und stellen als regionsangehörige Stadt der Städteregion mehr Geld zur Verfügung als das Land NRW!“

Die SPD verteidigt ihre Entscheidungen zum Haushalt: Keine Steuererhöhungen, keine Kürzungen der freiwilligen Leistungen, keine Schließung von VHS, Bücherei und Musikschule sowie die Einrichtung einer StreetworkerIn für die Mobile Jugendarbeit.



► ERICH SPIES
UWG-Fraktionschef

Kein gutes Haar lässt die Unabhängige Wählergemeinschaft an dem Haushalt der Stadt. Zwar klagt die UWG gegen die Haushaltseinbringung (siehe 1. Lokalseite), allerdings nimmt sie zu einigen Eckpunkten des Zahlenwerks Stellung: „Dieser Haushalt steht auf äußerst wackligen Beinen und ist durch Wunschvorstellungen gestützt.“ So habe der Kämmerer wieder die Rückführung der Wirtschaftsbetriebe-Anteile aus der „Trickkiste“ geholt. Bereits in den Jahren 2006 bis 2008 scheiterte dieses Vorhaben. „Die ursprünglich im Haushaltsentwurf angesetzten 6 Millionen Euro wurden kurzerhand ohne Begründung und schon vor Beginn der Verhandlungen auf 9 Millionen Euro heraufgesetzt“, bemerkt die UWG.

Da auch bei Land und Bund Geld fehle, lautet der Ansatz der UWG: „Wir müssen uns selbst helfen.“ Da die Gewerbesteuer sich in Eschweiler positiv entwickle, sei deutlich, dass die Stadt ein Ausgabenproblem habe. „Der Wille zum Sparen ist nach wie vor nicht ausreichend vorhanden.“ Es sei zwar richtig, dass die ein oder andere Ausgabe durch Verletzung des Konnexitätsprinzips durch Bund und Land die Kommune ungenügend belastet. Allerdings verweist die UWG auf ein Urteil des Verfassungsgerichts, dass eine pauschale Vorabfinanzierung zwar rechtens sei, allerdings bei Bedarf nachgebessert werden müsse, wenn die tatsächlichen Zahlen vorliegen.

Wieso Kämmerer Manfred Knollmann die Kosten für die Heimunterbringung, Familienhilfe und die Vollzeitpflege in den Etats der Folgejahre bei steigenden Fallzahlen niedriger bewerte, wisse in den Augen der UWG nur er. Gleiches gelte für die Städteregionumlage.

Die UWG rechnet bei einem jährlichen Defizit von zehn Millionen Euro vor: Die Schulden der Stadt Eschweiler wachsen täglich um 27 500 Euro.



► ULRICH GÖBBELS
FDP-Fraktionschef

Die FDP appelliert, spätestens nach dem Landtagskampf zu einer Finanzpolitik der Vernunft zu kommen. Die Jahre des vierten Haushaltssicherungskonzepts dürften nicht erneut zu verlorenen Jahren für Eschweiler werden. „Sonst droht ein weiteres HSK oder gar die Zwangswirtschaft für Eschweiler“, befürchten die Liberalen.

Bei einer genauen Analyse des Haushalts 2010 stellt die FDP fest: Eschweiler hat sinkende Einnahmen im Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, aber die Gewerbesteuererträge sind nicht eingebrochen, sondern durch Sonderzahlungen noch gestiegen. Die Behauptungen der SPD, man hätte wie andere Gemeinden schwer unter der Wirtschaftskrise zu leiden, sei daher falsch.

Die Haushaltsplanung 2010 bis 2013 bezeichnet die FDP als geschönt und hält es für unverantwortbar, mit diesen Zahlen zu arbeiten. Vehemente Kritik äußern die Liberalen an den Eckpunkten, die zur Verbesserung und zum Haushaltsausgleich führen sollen: Dass die Städteregionumlage bis 2013 um bis zu 6,1 Millionen Euro sinkt, bezeichnet die FDP als „Traumtänzerie“. Auch Einsparungen in Höhe von 700 000 Euro pro Jahr im Jugendamt hält die FDP für unrealistisch.

Man könne es drehen und wenden wie man will, aber die Stadt habe vorrangig ein Ausgabenproblem. Die FDP glaubt, dass pro Jahr 12 bis 13 Millionen einzusparen seien. Dies gehe allerdings nicht mit Spenderhosen und großen Versprechungen. Kostendeckende Gebührenhaushalte sind nach Meinung der Liberalen daher unumgänglich. Gespart werden müsse überall: Alle Ausgaben auch in Sach- und Dienstleistungen sowie im Personalbereich sind um zehn Prozent zu kürzen. Investitionen und Neubauten müssen auf ihre Notwendigkeit und Folgekosten geprüft werden, möglicherweise auch auf spätere Jahre verschoben werden. Ein konsequentes Kostenmanagement und ein bereichsübergreifendes Controlling müsse vom Kämmerer eingeführt werden.

Für die Verwaltung fordert die FDP einen konsequenten Personalentwicklungsplan mit punktgenauen Stellenbeschreibungen und Funktionsabgrenzungen jedes Mitarbeiters, wie er in der freien Wirtschaft üblich sei.

Die derzeitigen Probleme seien größtenteils hausgemacht. Ausgaben von Land und Bund, die Eschweiler aufgebürdet wurden ohne Kostenerstattung beziffert die Liberalen mit rund 2 bis 4 Millionen Euro. Hier müsse sich etwas tun, so dass auch die FDP eine neue Gemeindefinanzierung für dringend erforderlich hält.



► BERND SCHMITZ
CDU-Fraktionschef

Den Ruf nach mehr Geld von Land und Bund kann die CDU nicht ganz nachvollziehen. Die Steuereinnahmen seien im Jahr 2009 um sechs Prozent gestiegen: „Derartig hohe Steuereinnahmen müssten doch eigentlich ausreichen, die wichtigsten kommunalen Aufgaben zu bestreiten.“ Dennoch räumen auch die Christdemokraten ein, dass die kommunalen Sozialaufwendungen extrem gestiegen sind.

Den aktuellen Haushalt hält die CDU nicht für genehmigungsfähig: „Da ist kein Sparwille zu erkennen.“ Die Stadt werde in diesem und in den kommenden Jahren über ihre Verhältnisse leben. „Sparen an richtiger Stelle und ein länger Atem bei der Sanierung der städtischen Finanzen bei möglichem Schuldenabbau sind nicht erwünscht“, meinen die Christdemokraten. Sie fordern hingegen, nicht nur die Einnahmen zu verbessern, sondern auch die Ausgaben, also auch die freiwilligen Leistungen, zu reduzieren.

Die CDU kritisiert den geplanten Rückkauf der WBE-Anteile heftig: „Welcher Unternehmer würde eine gewinnträchtige Firma verkaufen wollen?“ Die Fraktion bezeichnet diese Pläne als „Lügenkost, die seit Jahren zum Haushaltsausgleich aufgetischt wird“. Auch beim Forstungs- und Bodenmanagement sehen die Kommunalpolitiker deutliche Defizite. Ursache sei auch das nach wie vor fehlende Personalkonzept, das auch die Kommunalaufsicht gefordert habe. So ist die Leitung des Rechnungsprüfungsamtes seit Monaten nicht besetzt. Für die CDU-Fraktion ist dies ein „nicht hinnehmbarer Zustand“.

In den Augen der CDU sind die großen sozialen und strukturellen Herausforderungen nicht über Nacht über die Stadt Eschweiler hereingebrochen. „Die kommunalpolitische Führung muss dann zeitig steuern und gegebenenfalls auch unliebsame Entscheidungen treffen“, so die Union. Das Wichtigste sei eine transparente und eine politisch gewollte ehrliche Bestandsaufnahme.